

torats zwischen 1939 und 1945 zu keinem Zeitpunkt ernsthaft beeinträchtigt werden konnte, scheint Skepsis gegenüber Lužas Behauptung geboten, die tschechische Widerstandsbewegung habe eine ständige Bedrohung der Sicherheit des Reiches dargestellt (S. 384).

Sehr viel mehr analytische Schärfe müßte Luža auch auf die Darstellung der politischen Entwicklungstendenzen des Widerstandes verwenden, die am Ende des Krieges in eine „potentielle revolutionäre Situation“ (S. 382) einmündeten. Die Dominanz der Linken, die Luža im Mai 1945 beim Einmarsch der Armeen der Anti-Hitler-Koalition in der Tschechoslowakei verwirklicht sieht, war — wie vielleicht nirgendwo sonst in Europa — eine Scheindominanz: Die Linke hatte sie nicht selbst errungen, sondern sie war ihr durch die völlige Diskreditierung der Rechten und die Befreiung des Landes von außen in den Schoß gefallen. Das ist in vieler Hinsicht ein Schlüssel zu Taktik und Strategie von Sozialisten und Kommunisten nach 1945. Ich habe auch einige Zweifel am genuin sozialistischen Charakter der Revolution, die 1945 gefordert und erwartet wurde: im Grunde war dies eine Revolution „von rechts“, deren gesellschaftskritisches Potential sich in der Frontstellung gegen den nationalen Gegner erschöpfte. Der gesamt nationale Konsensus in diesem Punkt, den Luža emphatisch beschwört, war in gleicher Weise ein Scheinkonsensus: Er überdeckte die fundamentalen Gegensätze, die nach 1946 aufbrechen sollten, als die Revolution nun auch die Tschechen und Slowaken nicht mehr ungeschoren davonkommen lassen wollte.

Es bleiben zum Schluß noch diejenigen Beiträge zu erwähnen, auf die im Rahmen dieser Rezension nicht eingegangen wurde. Dazu zählt die Studie von V. Beneš über die Anfänge der Ersten Republik (S. 49—108), die sich an den Überblick von V. Mamatey über die langfristigen Voraussetzungen der Gründung der Ersten Republik (S. 11—48) anschließt; ferner J. W. Brügels Untersuchung zur Lage der Deutschen zwischen 1918 und 1938 (S. 180—201), die Skizze von P. Wandycz über die Entwicklung der Außenpolitik (S. 232—256), das Kapitel über München von K. Eubank (S. 257—271), E. Táborškýs Ausführungen zur Exilpolitik zwischen 1939 und 1945 (S. 341—363), R. Lužas Bericht über die Jahre 1945—1948 (S. 411—441) sowie die beiden wirtschaftsgeschichtlichen Beiträge von Z. Pryor (S. 202—231) und J. Michal (S. 455—491), die der Zwischenkriegsära bzw. den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gelten. Mit der Lösung des Minderheitenproblems nach 1945 befaßt sich schließlich L. Němec (S. 442—454).

Bochum

Peter Heumos

*Walter Ullmann, The United States in Prague, 1945—1948.*

University of Colorado, Boulder 1978, X + 205 S., § 16,25 (East European Monographs 36).

Walter Ullmann, Professor of History an der Universität von Syracuse im Staat New York und aus Böhmisches-Budweis stammend, legte nach langjährigem Aktenstudium in amerikanischen und britischen Archiven eine umfassende Studie über die amerikanisch-tschechoslowakischen Beziehungen in den ersten Jahren nach

dem Zweiten Weltkrieg vor. Leider sind die für die Nachkriegsjahre bedeutsamen Kontakte zwischen der Exilregierung Beneš und den Vereinigten Staaten nicht eigentlich Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Das Buch ist so etwas kurz, aber dennoch prägnant und unter dem Gesichtspunkt geschrieben, dem Leser die relevanten Quellen vorzuführen und ihm aufgrund des reichlich ausgebreiteten Materials eigene Schlüsse zu ermöglichen. Dies ist begrüßenswert, zumal noch heute und selbst nach den Arbeiten Karel Kaplans eine definitive Schilderung der Vorgeschichte und des Verlaufs der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei aussteht. Es ist Ullmanns Verdienst, zu einer solchen Arbeit einen gehaltvollen Baustein beigetragen zu haben.

Von tschechoslowakischer Warte aus war es nach dem Kriege zunächst nicht klar erkennbar, daß die Vereinigten Staaten künftig auch in der europäischen Politik die führende Macht des Westens sein würden. Hierbei spielte die Erinnerung an die amerikanische Politik während der zwanziger Jahre eine Rolle, als sich nach dem Ersten Weltkrieg die Vereinigten Staaten von Europa distanzieren. Prag setzte 1945 die traditionellen Beziehungen zu Frankreich und England fort, obgleich sie vom Trauma von München gezeichnet waren. Aus amerikanischer Sicht hatte die Tschechoslowakei einen relativ geringen Stellenwert. Die Vereinigten Staaten hatten in außenpolitischer Hinsicht dringendere Probleme zu lösen, wobei die Haltung Washingtons auch von der Tatsache beeinflußt war, daß sich die tschechoslowakische Politik nach dem Vertrag von 1943 mit der UdSSR und nach dem Kaschauer Programm immer mehr der Sowjetunion genähert hatte.

Es ist in diesem Zusammenhang von Belang, daß das Vertrauen in die Tschechoslowakei durch die Verstaatlichung von Eigentum amerikanischer Bürger und Firmen erschüttert worden war. Ullmann zeigt auf, daß diese Frage in den Vordergrund der Interessen geriet und beispielsweise die amerikanische Bereitschaft, der ČSR Wiederaufbaukredite zu gewähren, ungünstig beeinflusste. Dies war eine Fehleinschätzung, wie sich später herausstellte. Die US-Regierung hoffte zu lange, die politischen Kräfte in Prag würden den amerikanischen Anliegen und Forderungen Verständnis entgegenbringen. Washington änderte seinen diesbezüglichen Standpunkt erst, als in Prag bereits nichts mehr zu retten war.

Die Zersplitterung der nichtkommunistischen Parteien war ein Faktor, der in den amerikanischen Berichten aus Prag oft erwähnt wurde. Die Nationalsozialisten und die Volkspartei versuchten lange, ihre politischen Ziele zu koordinieren, doch die Amerikaner vermochten hieraus weder politischen Gewinn zu ziehen, noch in ihrem Sinne fördernd einzugreifen. Auch die Möglichkeit einer Unterstützung der Slowakischen Demokratischen Partei wurde kaum genutzt, und die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei war ohnehin in eine Richtung gegangen, die den Amerikanern kaum Hoffnungen ließ. Obwohl auf dem Kongreß in Brünn im November 1947 Laušman den Linken Fierlinger als Vorsitzender ablöste, hatten Blažej Vilim und František Tymeš schon zwei Monate vorher ein Abkommen über Zusammenarbeit mit den Kommunisten unterschrieben, wodurch die Sozialdemokraten als Partner des Westens ausschieden.

Ullmann zeigt, daß Präsident Beneš eine negative Schlüsselfigur war, und daß sich die Politiker der nichtkommunistischen Parteien leider auf ihn am

meisten verließen. Allerdings war Beneš in seinen Äußerungen und seinem Handeln nie eindeutig, und er unternahm auch nichts, um wichtige Begriffe zu klären. Man war sich im allgemeinen einig, daß irgendein „Sozialismus“ das Endziel der Entwicklung sein sollte, aber die Kommunisten bestimmten letztlich, welche Art von Sozialismus verwirklicht werden sollte. Ullmann weist darauf hin, daß es bezeichnenderweise eigentlich nur zwei scharfe Konflikte zwischen Beneš und Gottwald, und zwar beide im Herbst des Jahres 1945, gegeben hat: Im September beschuldigte Beneš den Führer der KSČ, durch die Bildung eines „sozialistischen Blocks“ in der Nationalen Front das politische Leben im Lande knebeln zu wollen. Beneš unterlag in dieser Sache. Im November 1945 kam es abermals zum Krach, als Gottwald von Beneš die Säuberung der politischen Parteien forderte und dies mit dem Hinweis abgelehnt wurde, dann möge Gottwald mit der Säuberung bei ihm, d. h. beim Staatspräsidenten, beginnen. Ullmann bemerkt hierzu, wie verschieden diese Haltung von Benešs Passivität in späterer Zeit war.

Ausführlich schildert der Verfasser den Zusammenhang zwischen der engen Anlehnung der ČSR an die Sowjetunion und dem Problem der Ausweisung der deutschen Bevölkerung. Zwar wurde die Vertreibung von der Mehrheit der tschechischen und slowakischen Bevölkerung unterstützt, und alle politischen Parteien waren an ihrer Durchführung beteiligt, doch waren die Kommunisten die Hauptnutznieser, da sie die verhältnismäßig leicht erlangte Zustimmung des Kremls zum sogenannten Abschub propagandistisch auszunutzen verstanden. Sicherlich war die Vertreibung in Übereinstimmung mit den Siegermächten durchgeführt worden, doch es verbreitete sich die Überzeugung im Lande, daß man die Lösung der deutschen Frage hauptsächlich der Sowjetunion zu danken habe. Ullmann zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel im Organ der Volkspartei, *Lidova Democracie*, in welchem den Amerikanern zuviel Rücksicht auf die Sudetendeutschen vorgeworfen wird. Dies war ein Beweis für das Nachbeten der kommunistischen Linie, was auch prompt dazu führte, daß amerikanisches Personal in der ČSR erneut auf strenge Einhaltung des Fraternisierungsverbotes hingewiesen wurde.

Da auch die nichtkommunistischen Parteien weder den „Sozialismus“ noch die „Volksdemokratie“ als gesellschaftliche Systemmodelle eindeutig abgelehnt hatten, konnte es nicht überraschen, daß die KSČ in Böhmen und Mähren im Jahre 1946 die Mehrzahl der Stimmen errang, denn sie hatte die vorgenannten „Errungenschaften“ am lautesten propagiert und ihre Politik eindeutig auf das Bündnis mit der Sowjetunion aufgebaut.

Die Ablehnung der tschechoslowakischen Teilnahme am Marshallplan war daher kaum überraschend. Die Regierung beriet dieses Thema erstmals am 4. Juli 1947. Fünf Tage später sollte eine tschechoslowakische Regierungsdelegation nach Moskau reisen, um dort hauptsächlich Fragen im Zusammenhang mit bilateralen wirtschaftlichen Themen zu besprechen. In Moskau wurde der Delegation eröffnet, daß die Sowjetunion eine tschechoslowakische Beteiligung am Marshallplan als einen Vorstoß gegen den tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe betrachten würde. Daraufhin sagte die tschechoslowakische Regierung ihre Teilnahme an der Konferenz über den Marshallplan ab. Die US-Gesandtschaft spielte hierbei eine insgesamt passive Rolle.

Nicht von ungefähr schrieb Jan Masaryk kurz danach im englisch-sprachigen Bulletin des Prager Außenministeriums, daß es kein sowjetisches Ultimatum gegen den Plan gegeben habe, und der amerikanische Gesandte in Prag, Steinhardt, kommentierte den Vorgang mit dem Hinweis, daß dies schon die ungefähr zwölfte Erklärung dieser Art gewesen sei. Nach Steinhardts Dafürhalten wollte Jan Masaryk — wie andere bürgerliche Politiker auch — seine kommunistischen Kollegen in der Regierung von seiner Treue gegenüber dem sowjetischen Verbündeten überzeugen. Offensichtlich beeinflusste diese Haltung auch die noch übrig gebliebenen wenigen Kritiker der Ablehnung, Jaroslav Stránský und Jan Ursiny.

Daß dennoch nicht alle bürgerlichen Politiker über die künftige Entwicklung der ČSR im Dunkeln tappten, beweist eine Meldung Steinhardts vom 18. Juli 1947. Darin heißt es, einige führende nationalsozialistische und klerikale Politiker hätten begonnen, sich mit der Bildung einer Exilregierung „für den äußersten Fall“ zu beschäftigen. Aus Ullmanns Quellen wird allerdings nicht ersichtlich, ob und inwiefern die Führer der nichtkommunistischen Parteien — und durch diese auch die amerikanische Diplomatie — die kommunistischen Intentionen kannten. Ullmann zitiert zwar einen Artikel aus der Feder des stellvertretenden Vorsitzenden des Slowakischen Nationalrates, Rudolf Frastacký, in der Zeitschrift *Čas*, vom 2. Oktober 1947. Letzterer erwähnte Bemerkungen des slowakischen Kommunisten Laco Holdos, der nach den verlorenen Wahlen angeblich den Plan vorgetragen hatte, die Demokratische Partei mit Hilfe von Beschuldigungen staatsfeindlicher Tätigkeit auszuschalten. Offenbar aber war Frastackýs Warnung, „das Schicksal der slowakischen Demokratischen Partei sei das Schicksal der tschechoslowakischen Demokratie“, nicht repräsentativ für den Kenntnisstand der bürgerlichen Parteiführer im Herbst des Jahres 1947. Dies ist bemerkenswert, denn aus den Arbeiten Karel Kaplans ist inzwischen hinreichend bekannt geworden, wie weitreichend bereits damals das Netz der kommunistischen Unterwanderung gesponnen war. Die amerikanische Gesandtschaft wurde nicht aktiv, sondern beschränkte sich auf traditionelle Berichterstattung.

Der Verlauf der Machtergreifung im Februar 1948 ist hinreichend bekannt. In dieser Rezension sei deshalb nur noch auf das letzte Kapitel des Buches eingegangen, in dem der Verfasser eine Bilanz der Situation nach dem Umsturz zieht. Jan Masaryk bemerkte zwei Tage nach der Bildung der neuen Regierung gegenüber dem Gesandten Steinhardt, Präsident Beneš sei nicht rechtzeitig über die Absicht der zwölf nichtkommunistischen Minister informiert gewesen, aus Protest gegen die Willkür des kommunistisch gelenkten Staatssicherheitsdienstes zurücktreten zu wollen. Ursprünglich habe er auch ihren Rücktritt nicht annehmen wollen. Laut Jan Masaryk war Benešs Zustimmung zum Rücktritt letzten Endes dem schlechten Gesundheitszustand des Präsidenten zuzuschreiben. Jaromir Smútný, der Chef der Präsidial-Kanzlei, sprach mit Steinhardt ein paar Tage später. Er bestätigte, daß Beneš den Rücktritt der Minister nicht erwartet habe. Er erklärte aber Benešs Nachgeben mit einer Drohung der Kommunisten, daß die Rote Armee möglicherweise innenpolitisch eingreifen werde.

Das von Ullmann vorgeführte Material belegt, ungeachtet der deutlichen Zurückhaltung des Verfassers, wie wenig die bürgerlichen Parteien, und durch diese

auch die amerikanischen Vertreter in Prag, die Entwicklungen in der Tschechoslowakei bis zu den schicksalhaften Ereignissen im Februar 1948 antizipierten oder gar politisch zu parieren versuchten. Ullmanns Buch macht deshalb deutlich, daß von einem kommunistischen *Putsch* im Februar 1948 nur sehr bedingt die Rede sein kann.

München

Martin K. Bachstein

*Jaroslav Nykryn u. a., Monopol vnějších ekonomických vztahů [Das Außenwirtschaftsmonopol].*

Academia, Prag 1979, 154 S.

Fast auf den Tag genau 30 Jahre nach Verwirklichung des Außenhandelsmonopols in Rußland hat die tschechoslowakische verfassunggebende Nationalversammlung am 28. April 1948 mit der Verabschiedung des Gesetzes über die staatliche Organisation des Außenhandels und der internationalen Spedition die Nationalisierung der Außenhandelsbetriebe, die organisatorische Trennung des Außenhandels vom Binnenhandel und den Aufbau einer von den Produktionsbetrieben völlig losgelösten Außenhandelsorganisation beschlossen. Die vorliegende Arbeit untersucht die schrittweise Ausdehnung dieses zunächst auf den klassischen Warenaustausch beschränkten Staatsmonopols auf die Geld- und Kreditbeziehungen, die Dienstleistungen im Bereich der Kultur, der Heilbäder u. dgl., den Lizenzaustausch, die industrielle Kooperation einschließlich der Spezialisierung der Erzeugungsprogramme, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland und die Auslandsbeziehungen im Bereich des Erfinder-, Marken- und Musterschutzes sowie der produktionswirtschaftlichen Erkenntnisse (know-how). Diese zunehmende Ausweitung läßt den Ausdruck „Außenhandelsmonopol“ heute als zu eng erscheinen und hat dazu geführt, daß von einem „Außenwirtschaftsmonopol“ des Staates gesprochen wird, das sich als System der Leitung, Planung, Organisation, Realisierung und Kontrolle aller Elemente der Außenwirtschaftsbeziehungen darstellt. Neben dieser Darstellung des dynamischen Charakters des Monopols geben die Autoren einen vergleichenden Überblick über seine Ausgestaltung in den übrigen sozialistischen Staaten. Die Regelung in der Tschechoslowakei selbst wird eingehend erläutert, das Buch enthält auch eine vollständige Aufzählung der 119 gegenwärtig in der Tschechoslowakei bestehenden Organisationen, die ausschließlich oder überwiegend der Durchführung der Aufgaben der Außenwirtschaft dienen, vor allem der Außenhandelsunternehmen und Aktiengesellschaften für den Außenhandel, der Organisationen, die durch Veranstaltung von Ausstellungen und Messen, durch Werbung, durch Vermittlung technischer Zusammenarbeit u. dgl. die Tätigkeit der Außenhandelsorganisationen im engeren Sinn erleichtern und unterstützen, der Außenhandelsvertretungsorganisationen, denen die Werbung, die Errichtung von Konsignationslagern u. ä. für die von ihnen vertretenen ausländischen Firmen obliegt, sowie jener Organisationen, die primär anderen Zwecken als der Außen-